

Düsseldorfer Erklärung für mehr Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen

Für unsere Industrie geht es um Alles

Noch schlägt in Nordrhein-Westfalen das industrielle Herz Deutschlands, aber dieses Herz ist massiv aus dem Takt geraten. Arbeitsplatzabbau, Produktionsverlagerungen und Unternehmensschließungen bestimmen die Nachrichten. Die Auslastung der chemischen Industrie liegt derzeit bei nur noch durchschnittlich rund 70 Prozent, weit weg von jeder Rentabilität. Die Produktion der Metall- und Elektroindustrie ist seit 2019 um 23 Prozent eingebrochen. Jeden Monat gehen in NRW allein in der M+E Industrie 2.100 gut bezahlte Industriearbeitsplätze verloren. Und in vielen weiteren Industriebranchen ist die Lage genauso ernst. Unternehmensinsolvenzen auf Rekordniveau und schwache Wachstumsperspektiven sind das besorgniserregende Fazit der längsten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik. Dramatische Zahlen, aber die größte Gefahr liegt nicht in der Krise selbst, sondern in der Illusion, ein „Weiter so“ wäre möglich. Um es ganz klar zu machen: Der Industriestandort hat keine Zeit mehr zu verlieren! Der Weg aus der Krise wird nur gelingen, wenn wir uns auf den Kern der sozialen Marktwirtschaft zurückbesinnen und auch so handeln! Wettbewerbsfähigkeit gehört auf allen Ebenen unverrückbar in den Mittelpunkt der Politik. Mut zur Entscheidung, Entschlossenheit und Tempo in der Umsetzung sind das worauf es nun ankommt. Und wir müssen wieder eine Positiv-Story entwickeln, die mit politischer Verlässlichkeit, Vorfahrt für unternehmerische Freiheit, einem klaren industriepolitischen Mindset, zukunftsgerichteter Technologieoffenheit und starkem Innovationsgeist neue Zuversicht entfacht.

Es kommt jetzt auf den Bund und Europa an!

Um im Wettbewerb der Bundesländer voran zu kommen, braucht es kontinuierliche Fortschritte in allen wirtschaftsrelevanten Bereichen der Landespolitik. Mit klaren Prioritäten, durchgreifender Entbürokratisierung und durch verlässliches Handeln kann die Landespolitik selbst einen Unterschied machen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie entscheidet sich aber mit den Weichenstellungen im Bund und auf europäischer Ebene. Wir haben als größtes Bundesland im Herzen Westeuropas eine gewichtige Stimme und es ist unsere Aufgabe, diese unüberhörbar einzubringen. Für ein starkes industrielles Herz in Nordrhein-Westfalen, kommt es jetzt auf diese Kernpunkte an:

- **EU-Binnenmarkt konsequent vollenden:** Die Potenziale des EU-Binnenmarktes müssen endlich vollständig genutzt werden. Hier liegen durch beständige Überregulierung und fehlenden Mut zum Handeln enorme Wachstumschancen brach. Unser Ziel muss ein wirklich offener Raum der Freizügigkeit sein. Mit einem einheitlichen digitalen Binnenmarkt, der Abkehr von der Behinderung der Arbeitnehmermobilität, der Schaffung eines Energiebinnenmarkts, einer besser abgestimmten Infrastrukturpolitik sowie der Verwirklichung der Banken-

und Kapitalmarktunion kann Europa seinen Wohlstand aus eigener Kraft stärken sowie resilienter und unabhängiger werden.

- **Energiekosten senken:** Energie ist auch in Zukunft der Motor der Industrie. Mit der nachhaltigen Transformation steigt zuallererst der Bedarf an Strom. Ein umfassender Industriestrompreis bis tief in den industriellen Mittelstand ist daher im Paket mit weiteren Maßnahmen, wie etwa langfristig wettbewerbsfähigen Netzentgelten und der Ausweitung der Strompreiskompensation existentiell wichtig. Die Bundesregierung muss zu ihrem Wort stehen und den Industriestrompreis zum Jahresanfang einführen. Weder das bestehende Beihilferecht noch die vom Bund bis 2028 geplanten 3,1 Mrd. Euro genügen, um die Industrie im notwendigen Umfang zu entlasten. Aktuell fehlt weiter die Perspektive zum Erhalt unserer leistungsfähigen energieintensiven Industrien, der damit verbundenen Wertschöpfungsketten und attraktiven Arbeitsplätze. Der EU-Beihilferahmen braucht dringend einen Praxischeck, damit notwendige weitergehende Entlastungen möglich werden und hemmende Investitionsauflagen entfallen. Wir erwarten vom Bund unverzüglich eine detaillierte Kraftwerksstrategie und die überfällige Ausschreibung der wasserstofffähigen Back-Up-Gaskraftwerke. Die angekündigten 10 GW Kapazität können dabei nur ein erster Schritt sein.
- **Emissionshandel wettbewerbsfähig machen:** Der Emissionshandel ist und bleibt das beste marktwirtschaftliche Instrument, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Aber ein EU-Emissionshandel, der Produktion massiv verteuert und über keinen systematischen Mechanismus verfügt, um die Verlagerung von Industrieanlagen aus der EU in andere Teile der Erde zu verhindern, sichert weder Wohlstand und Beschäftigung in der EU, noch trägt er zum Klimaschutz als globale Aufgabe bei. Die Lösung liegt auf der globalen Ebene. Die EU muss sich viel stärker dafür einsetzen, ein Level-Playing-Field mit unseren globalen Wettbewerbern zu schaffen. Bis dahin braucht die Industrie Entlastungen im EU-ETS (beispielsweise eine Ausweitung der Strompreiskompensation oder die Fortsetzung der freien Zuteilung von Zertifikaten), um den Unternehmen Investitionssicherheit in der EU zu geben. Neben Schlüsselindustrien wie Stahl und Chemie muss der gesamte industrielle Verbund in den Blick genommen werden, um aus NRW notwendige Reformvorschläge auf Bundes- und Europaebene einzubringen. Die Zuteilung von Freizertifikaten baut eine Brücke in die Zukunft, bis langfristige und international abgestimmte Lösungen etabliert sind. Wichtig ist, dass wir auch beim Emissionshandel den energieintensiven Mittelstand nicht aus den Augen verlieren.

- **Infrastruktur modernisieren:** Leistungsfähige Straßen, Wasser- sowie Schienenwege, Pipelines und digitale Netze sind das Rückgrat unseres Industriestandorts. Mit dem Sondervermögen und ausreichender und verlässlicher Finanzierung in den Kernhaushalten von Land, Bund und Kommune muss die beschleunigte Sanierung der maroden Infrastruktur gelingen. Politik muss dafür zwingend Wort halten und das Sondervermögen zusätzlich und gleichzeitig industriedienlich investieren. Jede Zweckentfremdung der Mittel in Bund, Land oder Kommune lehnen wir ab! Schleusen, Kanäle und Hafenanlagen in NRW funken seit langem Mayday. Die Wasserstraßen müssen daher zwingend in das Sondervermögen aufgenommen werden. Die schnellere Beseitigung der Flachstellen entlang des Rheins wäre eine doppelt sinnvolle Investition zur Klimaanpassung und zur Stärkung der wichtigsten westeuropäischen Wasserstraße. Als Partner der Industrie muss das Land die strategische Neuausrichtung der Deutschen Bahn nutzen und für die praktische Stärkung des Güterverkehrs auf der Schiene eintreten.
- **Arbeits- und Lohnkosten stabilisieren:** Die Lohnzusatzkosten liegen aktuell bei mehr als 42 % und steigen ohne deutliche Korrekturen bis 2035 auf über 50%. Diese ungebremsste Entwicklung würde die industrielle Produktion zusätzlich verteuern und zugleich die verfügbaren Einkommen der Beschäftigten schmälern – mit negativen Folgen für Investitionen und privaten Konsum. Unsere Sozialversicherungen drohen so immer stärker zu einer Produktions- und Beschäftigungsbremse zu werden. Für eine dauerhafte Stabilisierung bei unter 40 Prozent sind strukturelle Reformen aller wesentlichen Sozialversicherungen unausweichlich.
- **Innovationen und Investitionen vorantreiben:** Die industrielle Transformation erfordert technische Innovationssprünge, hohe private Investitionen in neue Produkte und Verfahren sowie Qualifizierung der Beschäftigten. Industrielle KI und die Stärkung des Wissenstransfers sind zentrale Schlüssel unserer Zukunftsfähigkeit. Unabdingbar sind planbare industrie- und energiepolitische Rahmenbedingungen, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie technologieoffene Förderungen. Beschleunigungen, die sich beim Ausbau der Erneuerbaren, Errichtung von Gasterminals oder bei Brückensanierungen bewähren, müssen unverzüglich auf alle passenden Verfahren übertragen werden. Unternehmen und Behörden ächzen unter einer Bürokratie- und Regulierungslast, die Innovationen und Investitionen hierzulande ausbremsen und stellenweise komplett verhindern. Damit der angekündigte Bürokratieabbau endlich Wirkung zeigt, reichen keine Versprechungen, sondern nur konkrete politische Entscheidungen mit sofortiger Entlastung für Wirtschaft und Vollzug.